

Im Osten viel Neues

Washingtons Feldzug gegen »das Böse« setzt südostasiatische Regierungen unter Druck

von Rainer Werning

Allzu gerne hätte sich der Herrscher des an Erdöl reichen Sultanats Brunei, Hassanal Bolkiah II, als Initiator einer engeren wirtschaftlichen Kooperation unter den zehn Mitgliedstaaten der Vereinigung der südostasiatischen Nationen (ASEAN) gesehen. Deshalb hatte der Sultan eigens die Regierungschefs der VR China, Japans und Südkoreas als Beobachter vom vierten bis sechsten November 2001 in Bruneis Hauptstadt Bandar Seri Begawan eingeladen. Stattdessen wurde auch der 7. ASEAN-Gipfel — wie bereits Ende Oktober 2001 das Jahrestreffen der Asien-Pazifik Wirtschaftskooperation (APEC) in Schanghai — von einer politischen Agenda beherrscht. Die Terroranschläge in den USA und Debatten über die regionale Sicherheit.

Die Themen 11. September, Afghanistan und regionale Sicherheit ließen den vom Gastgeber gewünschten Konsens gar nicht erst aufkommen. Ob von Brunei ein Signal ausgeht, dem 1967, auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges von ursprünglich nur fünf Ländern geschaffenen antikommunistischen ASEAN-Bündnis und weltweit nunmehr viertgrößten Handelsblock künftig auch wirtschaftspolitisch mehr Gewicht zu verleihen, muss bezweifelt werden.

»Wem der Antikommunismus am Herzen lag«, schrieb Ignacio Ramonet, Direktor von *Le Monde diplomatique* in der Oktoberausgabe der gleichnamigen Zeitschrift, »der wird auch am Antiislamismus seine Freude haben«. Mit Blick auf den ASEAN-Gipfel traf das mitnichten zu. Zwar mag die Mehrheit der Regierungschefs der ASEAN Kommunisten und »subversive Elemente« nicht. Doch schon mit Rücksicht auf den überwiegend muslimischen Bevölkerungsanteil in Indonesien, Malaysia und Brunei und der Tatsache, dass über die Hälfte der gut 500 Millionen Einwohner zählenden ASEAN-Region Muslime sind, käme selbst jeder Anflug von Antiislamismus einem politischen Suizid gleich. Vor allem die innenpolitischen Ereignisse in Indonesien und Malaysia seit Beginn des angloamerikanischen Bombenkrieges gegen Afghanistan

zeigen, wie dünn das Eis wird, auf dem sich die jeweiligen Regierungen und herrschenden politischen Parteien bewegen. Mit jedem weiteren Tag der Kriegführung eskalieren gewalttätige Protestkundgebungen gegen US-amerikanische und britische Einrichtungen in den Hauptstädten Jakarta und Kuala Lumpur. Der Minimalkonsens des Gipfels bestand darin, dass gleichermaßen der weltweite Terror verurteilt und die Besorgnis um das Wohlergehen der afghanischen Zivilbevölkerung geäußert wurde.

Lediglich Indonesiens Präsidentin Megawati Sukarnoputri und Malaysias Premierminister Dr. Mahathir bin Mohamad lehnten sich weiter aus dem Fenster und forderten einen Bombenstopp in Afghanistan. Während Megawati durch innenpolitischen Druck dazu gezwungen wurde, ihre zuvor amerikafreundliche Politik zu revidieren, nutzte der gewiefte Politfuchs und in der Region am längsten amtierende Mahathir äußerst geschickt den Antiterrorismus-Feldzug zur Zähmung der politischen Gegner im Innern. Was ihn nicht daran hindert, auf internationalem Parkett die Phalanx der Kritiker gegen imperiale Globalisierung und westliche Bevormundung anzuführen. Als einziger Regierungschef aus der Region hatte Mahathir auch die Chuzpe, jüngst in Schanghai in Gegenwart von US-Präsident George W. Bush die ameri-

kanisch-britische Kriegführung in Afghanistan zu kritisieren. Dort wie in Brunei war es wesentlich Mahathir, der gemeinsam mit Indonesien wirkte, dass in der Abschlusserklärung der momentan ideelle Gesamtterrorist nicht namentlich genannt wurde.

Ganz anders hingegen Singapur und die Philippinen. Deren Regierungschefs unterstützen wie die meisten ihrer westeuropäischen Kollegen vorbehaltlos die Politik Washingtons in Afghanistan. Und handeln sich damit Probleme ein, deren Konsequenzen sie nicht abschätzen können oder wollen. Mag Singapur leichteres Spiel haben, die interne Opposition zu zähmen — wie ebenfalls in der vergangenen Woche durch den neuerlich überwältigenden Wahlsieg der amtierenden *People's Action Party* (PAP) demonstriert —, wird es für Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo in Manila zusehends schwieriger, innenpolitisch Frieden zu stiften. Nicht nur sind die Friedensgespräche mit der kommunistischen *Nationalen Demokratischen Front* (NDFP) und der *Moro Islamischen Befreiungsfront* (MILF) auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Gemeinsam mit

Der Autor ist Politikwissenschaftler u. Hon. Representative der philippinischen PREDA Foundation und Vizepräsident des International Forum for Child Welfare (IFCW), Genf/Brüssel.

dem bereits im Süden der Philippinen präsenten FBI- und CIA-Kontingent hat sich Gloria die Deadline gesetzt, bis Ende dieses Monats der notorischen Abu Sayyaf-Gruppe das Rückgrat zu brechen und somit einen entscheidenden Schlag gegen den Terror zu führen. Doch es hat eher den Anschein, dass der Präsidentin Amtszeit bis 2004 weitaus turbulenter verläuft, die zierliche Dame es sich vorstellt.

Indonesien: Zerreißen

In Indonesien, mit etwa 240 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land Südasiens, und gleichzeitig die Nation mit dem weltweit größten muslimischen Bevölkerungsanteil, wird der erst seit Sommer amtierenden Regierung unter Megawati Sukarnoputri ein politischer Spagat abverlangt. Einerseits ist Indonesien seit dem blutigen Militärputsch des langjährigen Despoten Suharto (1965/66) ein treuer Vasall Washingtons und Nutznießer massiver westlicher Wirtschafts- und Militärhilfe gewesen. Andererseits haben die verschiedenen muslimischen Organisationen, darunter auch radikale mit Verankerung im Militär, seit dem Abtritt Suhartos im Mai 1998 Aufwind bekommen. Nicht zuletzt deshalb, weil Megawatis Amtsvorgänger, Abdurrahman Wahid, einst selber Vorsitzender der mit über 30 Millionen Mitgliedern landesweit größten, gemäßigten muslimischen Organisation Nahdlatul Ulama war.

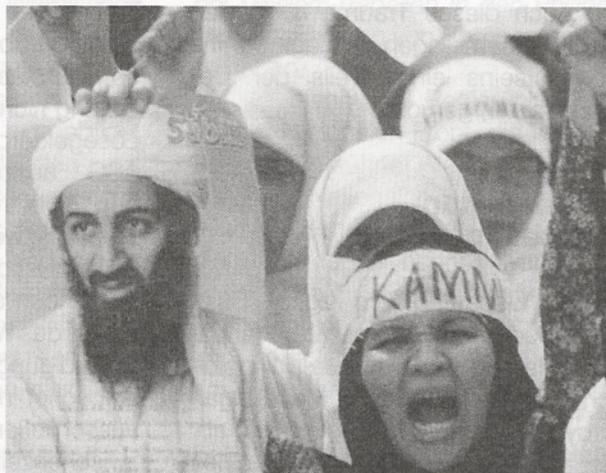
Unruhig bleibt es weiterhin in Aceh und Westpapua (Irian Jaya), wo sich Regierungssoldaten und Kämpfer der Unabhängigkeitsbewegungen GAM beziehungsweise OPM wieder verstärkt blutige Gefechte liefern. US-Botschafter Robert S. Gelbard, der demnächst durch Ralph Boyce (bislang im State Department verantwortlich für Asiatisch-Pazifische Angelegenheiten) abgelöst wird, hat bereits mit anderen Botschaftsangehörigen Jakarta verlassen. Die indonesischen Streitkräfte, so Gelbard, böten keine Sicherheitsgarantie mehr. Firmen wie Nike und Adidas, die auf dem Archipel seit Jahren zu Tageslöhnen von umgerechnet knapp zwei Mark produzieren lassen, haben ebenfalls einen Teil ihres ausländi-

schen Mitarbeiterstabes abgezogen. Auch sie fühlen sich unzureichend geschützt und befürchten, dass die Situation aus dem Ruder läuft, sollten die US-amerikanisch-britischen Bombardements in Afghanistan anhalten.

Wenngleich Präsidentin Megawati kurz nach den Anschlägen in New York und Washington zur

Staatsvisite in den USA weilte, dort ihre Verbundenheit mit Amerika zum Ausdruck brachte, und Amtskollege Bush ihr Militärhilfe von gut eine halbe Milliarde US-Dollar zusagte, muss sie um die innenpolitische Stabilität bangen. Radikale Organisationen — wie die Islamische Jugendbewegung, Laskar Jihad (Jihad Paramilitärische Kraft), Laskar Pembela Islam (Paramilitärische Kraft zur Verteidigung des Islam) und die Laskar Mujahidin Indonesia (Paramilitärische Kraft der Indonesischen Heiligen Krieger) — drohen mit der Eskalation von Gewalt, wenn der Westen weiterhin in Afghanistan militärisch interveniert und keine eindeutigen Beweise der Verstrickung Osama bin Ladens in die Terroranschläge vom 11. September liefert. Von der eigenen Regierung verlangen sie, den USA keinerlei Unterstützung zu gewähren. Eine Forderung, die mittlerweile auch der politisch gemäßigte und einflussreiche Rat der Ulema erhebt. Selbst Vizepräsident Hamzah Haz hat die US-Kriegführung in den vergangenen Tagen wiederholt kritisiert und sich damit bewusst von jenen Kräften in der Regierung abgesetzt, die Washington die Stange halten.

Vor allem Laskar Jihad, erst Anfang 2000 in Erscheinung getreten, tritt besonders martialisch auf. Ihr knapp 40jähriger Führer Ustadz Ja-far Umar Thalib, Enkel eines jemenitischen Händlers und ausgebildet in Lahore (Pakistan), mit kurzer Kampferfahrung in Afghanistan, brüstet sich, über eine Gefolgschaft von mittlerweile 10.000 Mann zu verfügen. Seine Truppe war innerhalb der vergangenen eineinhalb Jahre maßgeblich an der Tötung von über



aus: FEER v. 18.10.2001, S. 18

Anti-amerikanische Demonstration in Jakarta

5.000 Menschen auf Maluku (den Molukken) beteiligt. Dort schwebt ihnen eine »Christenfreie Provinz« vor, was nach erfolgreicher Umsetzung auch in anderen Landesteilen realisiert werden soll. Was diese trübe Truppe besonders gefährlich macht, sind ihre Verbindungen zu aktiven und pensionierten Militärs, die sich ihrerseits als Suharto-Loyalisten verstehen. »Wird ein Afghane verletzt oder getötet«, hatte Handrian Syah, einer der Laskar Jihad-Kommandeure, wenige Tage vor Kriegsbeginn gegen Afghanistan (7. Oktober 2001) erklärt, »werden wir amerikanische Waren boykottieren. Werden zwei Afghanen getötet, werden wir Amerikaner aufspüren, die in Indonesien leben. Werden drei umgebracht, werden wir uns den amerikanischen Botschafter vorknöpfen. Sind es mehr, dann wird die US-Botschaft zerstört.«

1965/66 wurden in Indonesien eine Million Menschen — bezichtigt als »Subversive« oder »Sympathisanten der Kommunistischen Partei« (PKI) — getötet. Komplizen waren die Regierungen der USA und Britanniens. US-Agenten, so ist mittlerweile deklassifizierten Dokumenten des State Department aus jener Zeit zu entnehmen, hatten General Suharto Todeslisten geliefert und dann akribisch jeweils die Namen durchgestrichen. »Teil des Abkommens war, britische Firmen und die Weltbank wieder ins Spiel zu bringen«, sagt Roland Challis, einst Südostasien-Korrespondent der BBC. Trotz aufwühlender Bilder über dieses nach dem Koreakrieg (1950-53) zweitgrößte Abschlichten von Zivilisten nach 1945 waren im Westen Trauer oder gar Anteilnahme für die Opfer Fehlzan-

ge. Auch dieses Trauma ist in den vergangenen Tagen schlagartig ins Bewusstsein eines Teils der Demonstranten gerückt.

Philippinen: Vasallentreue

Genau an dem Tag, als Bush Junior sein Amt antrat (20. Januar 2001), legte auch die neue philippinische Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo in Manila ihren Amtseid ab. Als oberste Repräsentantin eines Staates, der vor seiner Unabhängigkeit 1946 nahezu ein halbes Jahrhundert lang eine US-Kolonie war, mangelt es der neuen Präsidentin innen- wie außenpolitisch an Souveränität. Im Kampf gegen den kommunistischen und muslimischen Widerstand im Lande — d.h. gegen die Guerilla der von der Kommunistischen Partei befehligten *Neuen Volksarmee* (NPA) und der MILF — signalisiert sie einerseits Friedfertigkeit und Verhandlungsbereitschaft. Andererseits schwadronieren die Präsidentin und ihre Generäle unablässig von einem raschen militärischen Sieg, der der internen Rebellion ein für allemal einen Riegel vorschiebt.

Und das nicht erst seit Mitte September, als Präsident Bush die Abu Sayyaf auf die Liste von 27 weltweit operierenden Terrororganisationen setzen ließ, die es nunmehr durch die »Allianz gegen den Terror« auszumerzen gelte. Pikanterweise haben nicht nur das philippinische Militär und dessen Geheimdienst zeitweilig die obersten Ränge der Gruppe infiltriert, sondern laut Zeugnisaussagen von Zivilisten auf der Insel Basilan (wo die ASG seit Ende Mai noch immer 18 Geiseln, darunter das US-amerikanische Missionarshauptmann Burnham, gefangen hält) auch mehrfach ihre Trupps gegen Zahlung von Schmiergeldern durch Sicherheitskordons schlüpfen lassen. Doch ihre Politik des »Auge um Auge, Zahn um Zahn, Kugel für Kugel« führte dazu, dass seit Mitte Juli in zahlreichen Orten auf Basilan faktisch der Ausnahmezustand herrscht, und zuvorderst die Zivilbevölkerung drangsaliert wird. (Die lokalen Medien sprechen angesichts zunehmender Gewalt und anarchischer Verhältnisse bereits von einem »Basilanistan«.)

Trotz eines militärischen Großaufgebots von über 5.000 Soldaten gelang es den staatlichen Sicherheitskräften bislang nicht, die auf Kidnapping und Lösegelderpressungen spezialisierte ASG auszuschalten. Mitte Oktober (13./14.10.2001) enthaupdete die Truppe zwei ihrer Geiseln. Derart peinlich ist diese Affäre für das Militär, dass noch einen Tag vor der Verwüstung des World Trade Centers der Verteidigungsminister und Generalstabschef nicht mehr ihren Rücktritt ausschließen mochten, sollte eine zwischenzeitlich vom Kongress eingesetzte Untersuchungskommission zu dem Ergebnis gelangen, dass Offiziere tatsächlich Gelder fürs Wegschauen kassiert hatten.

Seit dem 11. September 2001 aber ist alles anders. Das Militär ist exkulpiert, und seine Dienste werden — wie im Nachbarland Indonesien — jetzt mehr denn je als innenpolitische Ordnungsinanz in Anspruch genommen. Mehr noch: Die Präsidentin und der philippinische Generalstab üben sich seitdem vis-à-vis Washington in Vasallentreue. Manila gestattet den GIs nunmehr erneut die Nutzung der früheren US-Militärbasen Clark Air Field und Subic Naval Base sowie uneingeschränkte Überflugrechte über philippinisches Territorium. Die Präsidentin bot den USA gar an, sich mit einem eigenen Kontingent am »Kampf gegen den weltweiten Terrorismus« zu beteiligen. Vereinbarung wurde auch die Entsendung von US-amerikanischen Antiterror-spezialisten zur Bekämpfung der ASG, wenngleich Manila — noch zumindest — darauf beharrt, kein direktes militärisches Eingreifen von US-Truppen zu dulden. All diese Maßnahmen erfolgen im Rahmen des sogenannten Visiting Forces Agreement (VFA), das nach hitzigen innenpolitischen Debatten Ende Mai 1999 zwischen Manila und Washington quasi als Fortsetzung des früheren Militärbasen-Abkommens vereinbart worden war.

Das VFA gestattet den US-amerikanischen Streitkräften u.a. die Anlandung von 22 Häfen im Lande sowie die Nutzung von Flughäfen auf unbestimmte Zeit. Das führt jetzt wieder zur Kritik innen- wie außerhalb des Parlaments. Massive Protestaktionen vor der US-Botschaft in Manila richten sich denn nicht nur gegen die Kriegführung in Afghanistan, sondern auch

gegen die US-hörige Politik der eigenen Regierung und die Bestimmungen des VFA. Befürchtet wird, dass damit eine militärische Intervention im Süden des Landes möglich werden könnte. Denn »der langwierige Kampf gegen den weltweiten Terrorismus« mit der von Präsident Bush vorgegebenen Zielrichtung, auch die Länder ins Visier zu nehmen, die terroristischen Banden (wie der Abu Sayyaf, von denen einige in Afghanistan militärisch ausgebildet wurden) Unterschlupf gewähren beziehungsweise dort operieren, könnte rasch eskalieren. Schließlich bedeutet das bedingungslose Einschwenken der Regierung auf den Kurs der USA und das Festhalten an der militärischen Option, dass der seit 1970 schwelende Konflikt auf Mindanao und in der Sulu-See anhält, die Autonomiebestrebungen der dortigen muslimischen Bevölkerung (Moros) unerfüllt bleiben, und eine politische Konfliktregelung mit der einflussreichen MILF in weite Ferne rückt.

Malaysia: Politisches Vabanquespiel

»Die Attacken (am 11. September 2001 — R.W.) sind als sinnlose Gewalt aufs Schärfste zu verurteilen«, ließ der inhaftierte frühere stellvertretende Premierminister Anwar Ibrahim durch seinen Anwalt Sankara Nair erklären. »Ich hoffe allerdings«, so fügte der von Premier Mahathir Mohamad 1998 politisch abservierte prominente Häftling hinzu, »dass die USA Gerechtigkeit walten lassen und nicht Vergeltung üben«. Damit gab es eine überraschende Übereinstimmung zwischen beiden, die sich seit dem Beginn der Bombardierungen afghanischer Städte verstärkt hat. Malaysia, lange Zeit dem Westen zugeneigt und gleichzeitig aufgrund seines überwiegend muslimischen Bevölkerungsanteils Mitglied der 56 Staaten umfassenden Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), geriet seit der sogenannten Asienkrise (1997) außen- und wirtschaftspolitisch sowie wegen der Kaltstellung von Dissidenten (darunter eben Anwar Ibrahim) auf der Basis des berühmten Internen Sicherheitsgesetzes (ISA) ein wenig ins Abseits. (Das ISA, seit 1960 in Kraft, ist eine Hinter-

lassenschaft der sogenannten Notstandsphase, die von 1948 bis 1960 währte, als es darum ging, die damals starke Kommunistische Partei Malayas zu bekriegen. Laut ISA kann die Polizei Personen, die die »Sicherheit des Landes gefährden«, bis zu 60 Tage ohne Rechtsbeistand und Einleitung eines Verfahrens internieren. Stimmt der Innenminister zu, ist danach eine weitere, bis zu zwei Jahre währende Inhaftierung möglich.) Mahathir hatte ausländische Spekulanten und Finanzinstitutionen offen als »neokoloniale Instrumente« und deren Gebaren als »imperialistisch« gebrandmarkt.

Politische Widersacher wurden von dem seit 1981 amtierenden Premier wiederholt als »subversiv« oder »terroristisch« abgestempelt. Seitdem nunmehr in den US-amerikanischen Medien häufiger von einer malaysisch-indonesisch-philippinischen Connection zu Osama bin Ladens al-Quaida die Rede ist, konterte Mahathir mit dem Argument, freilich gebe es in Malaysia terroristische Elemente. Diese aber, so der Premier, hätten niemals US-Einrichtungen ins Visier genommen, sondern seien ein internes Problem, mit dem seine Regierung sehr wohl allein fertig werde. Tatsächlich wurden Wochen vor den Anschlägen in New York und Washington mehrere militante Moslems aufgrund des ISA verhaftet und ihnen vorgeworfen, die Regierung stürzen zu wollen. Unter den Festgenommenen, die mittlerweile zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt wurden, befand sich mit Nik Adli auch der älteste

Sohn des Führers der Islamischen Partei Malaysias (PAS), Nik Abdul Aziz. Die Staatsanwaltschaft warf Nik Adli und seinen Gefolgsleuten vor, in Afghanistan militärisch ausgebildet worden zu sein, sich Waffen aus Thailand beschafft (dessen südliche Provinz Pattani hauptsächlich muslimisch ist, und wo sich Widerstand gegen die neuerliche Nutzung des zur Zeit des Vietnamkrieges aufgebauten US-Militärstützpunktes U-Tapao am vehementesten regt) und

bei Moslem-Rebellen in den Philippinen das Fertigen von Bomben gelernt zu haben.

Mahathirs Regierungsbündnis der Nationalen Front, die von des Premiers geführter Vereinten Malaisischen Nationalen Organisation (UMNO) dominiert wird, hat über all die Jahre ohne nennenswerte Opposition Politik machen können. Und jetzt fürchtet die ohnehin zahnlose und zersplitterte Opposition wegen der Terrorismus-Hysterie noch mehr

in die Zange genommen zu werden. Erst am 27. September 2001 fuhr die Nationale Front bei den Wahlen zur Legislativversammlung im ostmalaysischen und gleichzeitig größten Bundesstaat Sarawak ein Traumergebnis ein: Sie errang 60 der insgesamt 62 Sitze. Die beiden größten Oppositionsparteien, die PAS und die von Anwar Ibrahim's Frau, Azizah Ismail, geführte Keadilan, gingen leer aus. So profitiert Mahathir zum einen von den Auswirkungen des Antiterrorismus-Feldzuges zur Zähmung politischer Gegner. Andererseits wächst mit jedem Tag der Bombardierung Afghanistans die Kritik gegen die kriegführenden westlichen Staaten; mit England ist ja immerhin auch die einstige Kolonialmacht wesentlich involviert.

